



**Geschäftsführung
Ausschuss Klima, Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltege-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 27.10.2021

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Klima, Umwelt und Grün vom 07.10.2021**

öffentlich

**4.1.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021**

RM Frau Roth bewertet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Beschlussvorlage der Verwaltung generell als positiv und führt als Gründe dafür die Einbindung der Stadtgesellschaft, das Zielgerüst und die Handlungsempfehlungen der Vorlage an. Insbesondere Köln als Teil der Welt darzustellen und die Integration der Agenda 2030 seien gelungen. Dass ein bewusster Umgang mit Fläche, die Sicherung und Ausbau der Grünssysteme und der Klimawandel eine Rolle spielten, sei zu spüren.

Allerdings fehlten die Dynamik und die Intensität im Klimaschutz. Um 2035 Klimaneutralität zu erreichen, sei eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemission erforderlich. Dies spiegelt das Dokument nicht wider.

Frau Roth führt als negative Beispiele die Seiten 67, 74 und 122 der Vorlage an, auf denen aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen unzureichende Klimaschutzziele stünden. So sei als „ambitioniertes Ziel“ bis 2030 die Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent angegeben. Man sei jedoch sicher, dass die im Papier aufgeführten Ideen und Wege auch zu Klimaneutralität führen können und wolle den Prozess der Beschlussfassung nicht aufhalten.

SB Herr Struwe meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an.

Er merkt persönlich an und betont, dass im Bereich Klimaschutz ein Umsetzungsdefizit vorliege. So wisse man, was zu tun sei, müsse jedoch überlegen, wie es zu tun sei.

Abschließend bittet er darum, dass die Beschlussvorlage sowohl im Verkehrsausschuss als auch im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erneut zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

RM Frau Aengenvoort bittet die Verwaltung hinsichtlich Zurückstellung der Vorlage um Stellungnahme. Da bis zur Ratssitzung noch genügend Zeit sei, könne sich die CDU-Fraktion einen Verweis ohne Votum vorstellen.

Beigeordneter Herr Wolfgramm informiert darüber, dass die Vorlage in den meisten anderen Ausschüssen ohne Votum in den weiteren Beratungslauf verwiesen worden sei, da es offenen Fragen gab. Die Verwaltung plane bis zur Sitzung des nächsten Stadtentwicklungsausschusses eine weitere Anlage, um das Konzept der Perspektiven 2030 etwas näher zu bringen.

An Herrn Struwe gewandt führt Herr Wolfgramm aus, dass das Konzept einen strategischen Überbau für die Planungen in dieser Stadt bilde. Andere beschlossene Konzepte, wie z. B. die Klimaneutralität 2035, würden durch diese Perspektiven 2030+ nicht aufgehoben.

SE Frau Lange weist auf den Beschluss der BV Nippes hin, dass die vorgelegte Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ der großen transformativen Aufgabe zu einer nachhaltigen Stadtgesellschaft nicht genüge und so nicht als Zukunftsperspektive für diese Stadt dienen könne. Diesem Beschluss schließe sich die Fraktion Die LINKE an, da eine Reihe von Schwächen in der Vorlage enthalten sei.

Als ein Beispiel führt Frau Lange wie vorher Frau Roth das sogenannte „ambitionierte Ziel“ der Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent an. Dieses „ambitionierte Ziel“ sei mittlerweile 28 Jahre alt, eine Zeit, in der es jede Menge neue Erkenntnisse gegeben habe.

Frau Lange verweist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches besage, dass die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung um 55 % zu wenig¹ sei.

SB Herr Dr. Albach beantragt, den letzten Abschnitt des Beschlusses der BV Nippes als Ergänzung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung zu stellen, welcher besage, dass die Verwaltung beauftragt werde, das Papier in Bezug auf den Aspekt „Klimaneutralität“ zu überarbeiten und zu konkretisieren. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Papier hinsichtlich der CO₂-Reduktion konform zum Pariser Klimaabkommen gestaltet werde und damit Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht hätte.

SB Frau Gabrysch plädiert namens der KLIMA FREUNDE ebenfalls für die Einfügung dieser Ergänzung. Sie betont, dass die Vorlage der Verwaltung bei weitem nicht konkret genug und nicht Paris-konform sei und auch nicht auf der Leipzig-Charta 2.0 basiere. Ebenfalls fehle den KLIMA FREUNDEN in dem Prozess ganz massiv Bürgerbeteiligung.

Frau Gabrysch äußert ihre Verwunderung über die Vorgehensweise der Verwaltung, nur bei relevanten Beschlussvorlagen die in Vorlagen enthaltene Frage nach den Auswirkungen auf den Klimaschutz beantworten zu müssen und nicht bei allen. Sie betont, dass jede Vorlage klimarelevant sei. Letztendlich müsse sich die Frage gestellt werden, ob überhaupt eine Wahlmöglichkeit über positive oder negative Auswirkungen auf den Klimaschutz und folglich eine Beschlussvorlage, die den beschlossenen Klimaschutzzielen widerspreche, zugelassen werden könne.

RM Frau Martin äußert die Bitte, die Vorlage nicht aufzuhalten und sie ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe noch Beratungsbedarf zur Vorlage, sie könne aber bis zur Sitzung des Rates in den Fraktionen beraten werden. Sie spricht sich ebenfalls für die Aufnahme des zweiten Absatzes des Beschlusses der BV Nippes aus, was noch in nachfolgenden Sitzungen gemeinsam beschlossen werden könne.

¹ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

Auf Bitte des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden bestätigt Herr Wolfgramm, dass die Vorlage erst im Dezember in den Rat gehen soll, mit der Möglichkeit, noch mal im Ausschuss die Gelegenheit zur Beratung zu haben.

Er greift einen Diskussionspunkt auf und betont, dass es sich bei der Vorlage um eine übergeordnete Strategie und um keine Klimaneutralitätsstrategie handle. Gemeinsames Ziel von Politik und Verwaltung sei, Klimaneutralität voranzutreiben. Die Verwaltung werde einen Weg finden, dies zu berücksichtigen.

SB Herr Struwe spricht sich erneut für eine Zurückstellung der Vorlage und gegen einen Verweis ohne Votum aus, damit sowohl für den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün als auch für den Verkehrsausschuss die Gelegenheit zur Beratung vor der Ratssitzung am 14.12.2021 bestehe.

SB Herr Zimmermann plädiert ebenfalls dafür, die Vorlage nicht ohne Votum zu verweisen, sondern in die nächste Sitzung zu schieben, so dass dann ein Textvorschlag mit einer gewissen Relevanz im Rahmen einer Beschlussempfehlung an den Rat weitergegeben werden könne.

SE Herr Fehles weist auf die Beratungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender hin.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Achtelik lässt über die mündlich beantragte Zurückstellung der Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine Sitzung am 25.11.2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.